

Eine Reise von Rio über Johannesburg nach Wien
oder
Was heißt "Zukunftsfähigkeit auf gut Österreichisch"?

Alfred W. Strigl, ÖIN

Vortrag anlässlich der Tagung d. Koordinierungsstelle d. Österreichischen Bischofskonferenz

"Zukunftsfähiges Österreich – Eine Herausforderung für die Bildungsarbeit"

Donnerstag, 20. März 2003, Schloss Wilheminenberg, Wien

Die weltweit fortschreitende Verschlechterung des Zustands der Biosphäre durch anthropogene Eingriffe und die damit einhergehende Gefährdung der menschlichen Lebensgrundlagen und letztlich auch der Lebensqualität werden auf der ganzen Welt mit zunehmender Besorgnis registriert. Die beiden Großkonferenzen der Vereinten Nationen, der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) im Juni 1992 in Rio de Janeiro und dem Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung (WSSD) im September 2002 in Johannesburg haben diese weltweite Besorgnis auf die Ebene zwischenstaatlicher Verhandlungen als zentrale Bedrohung und Herausforderung gestellt. Dabei hat sich die internationale Staatengemeinschaft in ihren Abschlussdokumenten klar auf das Leitbild und die Umsetzung einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung verständigt. Im Rahmen der "Rio-Agenda 21" und des „Aktionsplans von Johannesburg“ soll ein Prozess in Gang gesetzt werden, der darauf abzielt, von der Ebene der internationalen Politik über die nationalen Regierungen bis hin zu den Kommunen jene Rahmenbedingungen zu schaffen, die gleichzeitig die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten, wirtschaftlichen Wohlstand ermöglichen und für soziale Gerechtigkeit sorgen.

Diese integrative Sichtweise von Natur, Gesellschaft und Wirtschaft und ihre Verknüpfung mit dem Entwicklungsaspekt (Erhaltung der Lebenschancen künftiger Generationen) sind das Besondere am Konzept der Nachhaltigen Entwicklung. Sie entspricht der Komplexität und Verwobenheit der heutigen globalen Probleme wie etwa die zunehmende Verschlechterung der Umweltverhältnisse als Folge menschlicher Nutzungsformen, armutsbedingte Umweltzerstörung und soziale Not durch Umweltschäden. Es gilt, die Defizite der bisherigen, vorwiegend sektoralen und nachsorgeorientierten Umweltpolitik zu überwinden und diskursive, flexible Strukturen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zu schaffen, die ganzheitliche Problemlösungsansätze ermöglichen. "Sustainable development" steht für eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generationen entspricht, ohne

die Möglichkeiten zukünftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.

Zwischen den beiden Großkonferenzen Rio 1992 und Johannesburg 2002 wurde das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung von der internationalen auf die EU-Ebene (EU-Strategie für eine Nachhaltige Entwicklung; 5. und 6. Umweltaktionsprogramm der EU; 5. und 6. Forschungsrahmenprogramm der EU), die nationalstaatliche Ebene (z.B. zahlreiche nationale Nachhaltigkeitsstrategien) und auf die regionale und lokale Ebene (Agenda 21-Prozesse) weiter getragen. In Österreich wurde im Jahre 1995 der Nationale Umweltplan und im Jahr 2002 die Österreichische Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung von der Bundesregierung beschlossen und der Umsetzungsprozess – ganz im Sinne des „Implementationsgipfels“ von Johannesburg - eingeleitet.

Das ist der Fluch von unserem edlen Haus:
Auf halben Wegen und zu halber Tat
Mit halben Mitteln zauderhaft zu streben.

Franz Grillparzer, aus dem Trauerspiel
„Ein Bruderzwist im Hause Habsburg“

Die Österreichische Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung

Mittlerweile reift vielerorts – auch in Österreich - das Bewusstsein, dass die ständigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen auch eine Weiterentwicklung der herkömmlichen Politikbereiche wie Umwelt-, Wirtschafts-, Sozial- oder Technologiepolitik erfordert. Neue Ziele, wie das einer langfristig orientierten Zukunftssicherung durch eine nachhaltige Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft stehen bei vielen Entscheidungen an prioritärer Stelle.

Sektorale Politikfelder können die komplexen Probleme und Herausforderungen nicht alleine lösen oder optimal unterstützen. Dazu bedarf es einer Weiterentwicklung aller Bereiche hin zu einer Politik der Nachhaltigkeit. Darin wird nicht nur den ökologischen Aspekten der Umweltvorsorge und der Schonung der Naturressourcen Rechnung getragen, sondern auch der Tatsache, dass eine integrierte Nachhaltigkeitspolitik neue Chancen für wirtschaftliche und technischen Innovation sowie gesellschaftliche und soziale Entwicklungen eröffnet werden.

Am Beginn der Erstellung der österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie - Mitte 2001 - stand eine breite Diskussionsphase, an der Bundesministerien, Länder, Städte, Gemeinden, Sozialpartner, Interessenvertretungen, NGO's, Wissenschaftler und Experten teilgenommen

hatten. Die „Österreichische Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung“ verstehen sich damit als zentraler Beitrag im Aufbau einer österreichischen Gesamtstrategie für eine Politik der Nachhaltigkeit unter dem Blickwinkel eines zukunftsorientierten, ökologischen Strukturwandels von Gesellschaft und Wirtschaft zur Sicherung unserer Lebensqualität und die der nächsten Generationen. Die im Frühjahr 2002 von der Bundesregierung beschlossene Strategie sieht einen zielorientierten und effizienten Umsetzungsprozess vor. Dazu wurde im Sommer 2002 das *"Komitee für ein Nachhaltiges Österreich"* konstituiert, das an einem ersten Umsetzungsprogramm arbeitet. Dieses Programm sollte bis Frühjahr 2003 fertig gestellt sein. Im Herbst 2002 wurde zusätzlich das *"Forum für ein Nachhaltiges Österreich"* eingerichtet, dem etwa 35 namhafte Experten aus Wissenschaft und Gesellschaft angehören, das den Umsetzungsprozess der Nachhaltigkeitsstrategie kritisch begleiten, beraten und so zur Qualitätssicherung und Effizienz beitragen soll.

Mögen täten wir schon wollen,
aber dürfen haben wir uns nicht getraut.

Karl Valentin

„Nachhaltigkeit ist Bürgersache!“ - Nur Bürgersache?

Vor dem Gipfel in Johannesburg fanden vier Dialogkonferenzen zu den Handlungsfeldern der Österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie mit insgesamt über tausend TeilnehmerInnen statt. Im Rahmen dieser Dialogkonferenzen stellte der Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel mehrmals klar, dass eine "Nachhaltige Politik dafür Sorgen zu tragen hat, dass Nachhaltigkeit zur **Bürgersache** wird." Dies betonte unisono auch Lebensminister Mag. Wilhelm Molterer beim Pressegespräch anlässlich der Konstituierung des „Forums für ein Nachhaltiges Österreich“. Ziel sei die Stärkung von Partizipations- und Beteiligungsmodellen, die das Engagement des Einzelnen fördern. Daher ist auch bei der Umsetzung breite Kommunikation und zielgruppenorientierte Öffentlichkeitsarbeit notwendig. Sie soll die Sensibilisierung, Information und Partizipation großer Teile der Bevölkerung sicherstellen. "Nachhaltigkeit ist als ein Konzept darzustellen, das jeden Menschen in seinem täglichen Lebensumfeld und seinem persönlichen Handeln betrifft. Nachhaltige Entwicklung soll durch konkrete Beispiele greifbar und erlebbar gemacht sowie die Möglichkeiten im eigenen Gestaltungsbereich aufgezeigt werden", sagte Molterer. Davon, dass eine nachhaltige Entwicklung zur **Chefsache** erhoben werden, oder prioritär in die politische Gestaltung Österreichs einfließen könnte, wurde bis dato nie gesprochen – geschweige denn daran gedacht.

Der Erfolg der Österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie hängt – wie bei jeder Strategie - von ihrer Umsetzung ab. Internationale Erfahrungen haben gezeigt, dass es nicht genügt einen

gesellschaftlichen Konsens über Probleme, Ziele und Leitbilder herzustellen. Strategien müssen weiter konkretisiert und eine Vielzahl von Maßnahmen gesetzt werden, um eine zielorientierte und effiziente Umsetzung zu garantieren. In der Österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie findet sich daher ein eigenes Kapitel über den geplanten Umsetzungsprozess. Darin wird besonders auf eine systematische und effiziente Vorgangsweise, Konsistenz der Politiken, Transparenz, Partizipation, Öffentlichkeitsarbeit und die Weiterentwicklung als "lernende Strategie" eingegangen.

Nach Angaben des „Komitee für ein Nachhaltige Österreich“ hat die Umsetzung der Österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie bereits im Juni 2002 begonnen. Haben Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger, etwas davon erfahren? Oder in aktiver Übernahme der Verantwortung als „Bürger“, ihre Sachen in punkto Nachhaltigkeit schon gemacht? Drei Instrumente sind zur „Steuerung des Umsetzungsprozesses“ vorgesehen: **Jährliche Arbeitsprogramme** sind die zentralen Instrumente der Umsetzung und dienen der Koordination der Aktivitäten aller beteiligten Akteure. Aufbauend auf die so genannten "ersten Schritten" der Österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie arbeitet das "Komitee" derzeit an einer Vielzahl konkreter Projekte. Im Frühjahr 2003 wurde das Arbeitsprogramm auch mit der EU-Nachhaltigkeitsstrategie sowie den Aktivitäten der Bundesländer abgestimmt.

Ein **jährlicher Fortschrittsbericht** dokumentiert die bereits umgesetzten Aktivitäten. In diesem Bericht werden die durch die Umsetzungsaktivitäten erzielten Wirkungen auch anhand von Indikatoren dargestellt. Der erste Fortschrittsbericht soll der Bundesregierung im Jänner 2004 vorgelegt werden. Eine **externe Evaluation** durch eine interdisziplinäre Gruppe unabhängiger WissenschaftlerInnen ist das erste Mal für Herbst 2005 vorgesehen. Die Evaluation bildet die Grundlage für Weiterentwicklungen und Modifikationen der Österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie, ihrer Ziele und ihrer Umsetzungsmechanismen.

Never doubt that a small group of thoughtful,
committed citizens can change the world.
Indeed, it is the only thing that ever has.

Margaret Mead, Anthropologin (1901-1978)

Lokale Agenda 21 – der Lichtschimmer am Horizont zur Nachhaltigkeit

Entwicklungen weltweit. Weltweit führen derzeit ca. 6.400 Gemeinden (davon 5.300 in Europa) eine Lokale Agenda 21 (LA21) durch. Die LA 21 ist ein Versuch, auf lokaler Ebene das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung in die Tat umzusetzen. Beim Grad der Umsetzung zeichnen sich im europäischen Vergleich verschiedene Trends ab. In den

skandinavischen Ländern finden nahezu flächendeckend in Städten, Gemeinden und Regionen Agendaprozesse statt, was auf sehr frühe nationale Kampagnen zurückzuführen ist. Auch in Großbritannien ist eine sehr hohe Beteiligung festzustellen, nicht nur in den Städten sondern auch in den Grafschaften und Bezirken. Deutschland und Österreich zeichnet aus, dass der Trend zur LA21 zunächst von einzelnen Städten und Gemeinden ausgeht und in weiterer Folge oft erst regionale Prozesse entstehen.

Entwicklungen in Österreich. Mit Mai 2003 beteiligen sich in Österreich rund 133 Gemeinden (was einem Prozentsatz von 6% bei 2.333 österreichischen Gemeinden entspricht). Schwerpunkte der LA21 liegen in jenen Bundesländern, die eine spezielle LA21-Förderaktion durchführen: in der Steiermark, in Oberösterreich, Kärnten und Wien. In der Regel werden die Prozesse vom jeweiligen Bundesland unterstützt, die Landesförderung selbst ist meist eng mit einer Qualitätssicherung verbunden, indem den Gemeinden fachlich ausgebildete bzw. erfahrene ModeratorInnen zur Verfügung gestellt werden (das Land übernimmt hierbei einen Großteil des finanziellen Aufwandes für die Prozessbegleitung). Zusätzlich fördern die Bundesländer LA21-Prozesse durch Fachveranstaltungen sowie -ausstellungen und durch den Aufbau von Netzwerkstrukturen. Kärnten hat überdies einen eigenen Projektfördertopf für die Lokale Agenda 21 eingerichtet, was ein Novum innerhalb Österreichs darstellt.

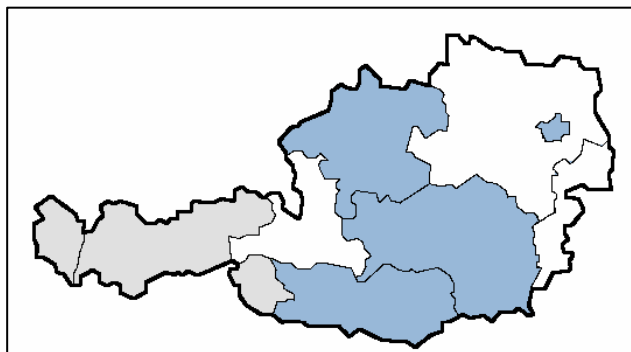


Abbildung 1: LA21-Prozesse in Österreich; vorwiegend in 4 Bundesländern (Mai 2003)

Gegenwärtig erfolgt eine inhaltliche Ausweitung der LA21-Aktivitäten in Österreich durch Integration des Beschäftigungsaspektes. Auch wenn die stetig steigenden LA21-Gemeindezahlen für sich sprechen, gibt es dennoch ein paar Defizite in Österreich zu verzeichnen. So kann zum Beispiel das Fehlen einer nationalen Koordinationsstelle, die geringe Bereitschaft einzelner Bundesländer zur Unterstützung der LA21, die mangelnde Abstimmung mit anderen Instrumenten der Gemeinde- und Regionalentwicklung sowie die Ausblendung des Themas „Entwicklungszusammenarbeit“ an dieser Stelle genannt werden.

LA21 in Steinbach a. d. Steyr – Erfolge in Zahlen

Seit fünfzehn Jahren führt die oberösterreichische Gemeinde Steinbach an der Steyr eine nachhaltige Gemeindeentwicklung im Sinne der Lokalen Agenda 21 durch. Eine systematische Auswertung der Auswirkungen einer LA21 wurde hier vorgenommen und die Bilanz kann sich sehen lassen: So konnten u. a. 147 neue Arbeitsplätze geschaffen, die Zahl der örtlichen Betriebe von 27 auf 55 verdoppelt, 5 Biomasse-Nahwärmenetze installiert, die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe konstant gehalten und der Ortskern revitalisiert werden. Ca. 40% der BürgerInnen arbeiten ehrenamtlich an Veranstaltungen, Projekten und Aktionen mit. Mehr als 40.000 Besucher aus 40 Ländern haben Steinbach schon besucht – ein Beweis für die internationale Bedeutung Steinbachs in Sachen nachhaltiger Entwicklung auf lokaler Ebene.

Conclusio

Auf Bundesebene zeigt Österreich einmal mehr, dass es immer schon bei den Ersten war, wenn es darum ging, eine Kommission einzuberufen, die sich unmittelbar darüber Gedanken macht, wie ein Arbeitsprogramm aussehen könnte, das eine Strategie entwickelt, um zur Umsetzung der Implementierung rasche Empfehlungen für sofortigen Maßnahmen zur Hand zu haben, die dann den notwendigen Prozess initiieren könnten, um die Sache rasch „in den Griff“ zu bekommen. Verstanden? Hier scheint auch auf politischer Ebene das „zu Komplexen“ Thema der Nachhaltigkeit nicht wirklich aufgegriffen werden zu wollen.

Auf Länderebene und in Wirtschaftskreisen (!) scheint in Österreich in Sachen Nachhaltiger Entwicklung aber wirklich einiges in Bewegung geraten zu sein: Lokale Agenda 21 in den Bundesländern, CSR - Corporate Social Responsibility in österreichischen Unternehmen und das immer weiter verbreitete Schlagwort der Nachhaltigkeit in den vielen großen und kleinen Vereinen und Initiativen der sozialen und ökologischen „Weltverbesserung“. Diesen Schwung gilt es weiter auszubauen und für eine echte im Entstehen begriffenen Bürgerbewegungen zu nutzen.

Das ÖIN stellt sich vor ...

Das Österreichische Institut für Nachhaltige Entwicklung wurde im Jahre 1995 als gemeinnütziger Wissenschaftsverein mit Sitz an der Universität für Bodenkultur gegründet. Der Verein versteht sich als Bindeglied zwischen Wissenschaft und Praxis. Er hat seinen Sitz in Wien und erstreckt seine Tätigkeit auf ganz Österreich. Die Gründung des Institutes wurde 1995 im Rahmen einer Festveranstaltung und einer Pressekonferenz gemeinsam mit dem damaligen Umweltminister Dr. Martin Bartenstein und Professor Ernst Ulrich von Weizsäcker sowie Prorektor Professor Manfred Welan von der Universität für Bodenkultur bekannt gegeben. Damals hat sich eine Gruppe von engagierten Wissenschaftlern von acht österreichischen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zusammengeschlossen, um in enger Zusammenarbeit mit der Praxis jene Voraussetzungen zu schaffen, die für eine Umsetzung des Konzeptes der Nachhaltigen Entwicklung erforderlich sind.

Die Leistungen des ÖIN umfassen:

- *Forschungsprojekte und Evaluationsstudien*
- *Gutachten und Stellungnahmen*
- *Beratung, Qualifizierung und Capacity-Building*
- *Veranstaltungen, internationale Zusammenarbeit & Publikationen*
- *Unterstützungsleistungen für Umsetzer der Nachhaltigkeit*

Die sechs Kompetenzbereiche des ÖIN sind:

- ❖ Governance of Sustainability
- ❖ Corporate Sustainability
- ❖ Public Partnership
- ❖ Lokale und regionale Nachhaltigkeit
- ❖ Nachhaltige Technologieentwicklung
- ❖ Nachhaltiger Lebensstil

Mehr zum ÖIN unter: www.boku.ac.at/oin oder www.nachhaltigkeit.at